

## **GroKo nicht um jeden Preis!**

Beschluss des Deutschlandrates der Jungen Union  
am 25. und 26. November 2017 in Weiherhammer

1. Die Unionsparteien haben als stärkste politische Kraft im Deutschen Bundestag die Verantwortung, eine stabile Regierung für Deutschland zu bilden. Um dieses Ziel zu erreichen, sind CDU und CSU offen für Gespräche mit der SPD.
2. Diese Gespräche müssen schnell begonnen, zielorientiert geführt und zügig abgeschlossen werden. Die Bürgerinnen und Bürger sind von den wochenlangen Verhandlungen über eine Jamaika-Koalition und deren Abbruch enttäuscht und frustriert. Dies darf sich nicht wiederholen. Deshalb müssen die Gespräche zwischen Union und SPD bis Weihnachten abgeschlossen sein. Sollte es bis zu diesem Zeitpunkt keine Einigung über einen Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD geben, sind die Verhandlungen als gescheitert anzusehen. Bei dem Zeitplan ist keine Rücksicht auf Parteiinteressen und einseitige parteiinterne Abläufe zu nehmen.
3. CDU und CSU dürfen nicht um jeden Preis eine weitere Große Koalition eingehen. Es kann nur dann einen Koalitionsvertrag geben, wenn die Handschrift der Union klar erkennbar ist. Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages sowie die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger in den Ländern müssen die Politik der Bundesregierung auch zukünftig gegenüber unseren Mitgliedern glaubhaft vertreten können.
4. Die Erfahrung der letzten vier Jahre war leider, dass eine Koalition mit der SPD eine Koalition der Mehrausgaben ist. Eine Koalition zum Schaden der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes oder einer nachhaltigen generationengerechten Politik lehnen wir strikt ab. Im Mittelpunkt der Verhandlungen muss deshalb eine zukunftsgerichtete Politik stehen, die auf die Herausforderungen des Strukturwandels eingeht: die Digitalisierung aller Lebensbereiche und der Wirtschaft, die sich beschleunigt

nigende Alterung des Landes und der sich verschärfende internationale Wettbewerb. Wir müssen bei Fragen der inneren Sicherheit endlich das Vertrauen der Bürger zurückgewinnen, Recht und Ordnung durchsetzen und Migration begrenzen und steuern. Wir wollen, dass die Gesamtzahl der Aufnahme aus humanitären Gründen die Zahl von 200.000 Menschen im Jahr nicht übersteigt. Zudem sollten wir in Zeiten von Rekordsteuereinnahmen endlich die Steuern senken. Wir wollen den Solidaritätszuschlag abschaffen und die kalte Progression abmildern. Die Aufnahme neuer Schulden im Bundeshaushalt, weitere teure Rentenprojekte zulasten der jungen Generation und eine Vergemeinschaftung europäischer Staatsschulden kann es in einer Unions-geführten Regierung nicht geben. Wir setzen uns stattdessen für den Abbau vorhandener Staatsschulden in Deutschland und Europa ein. Die SPD muss sagen, ob sie zu einer solchen Politik bereit ist.

5. Sollte es nicht zu einer erneuten Koalition mit der SPD kommt, müssen CDU und CSU so schnell wie möglich eine Minderheitsregierung anstreben. Diese neue Konstellation wäre für die Bundesrepublik ohne Zweifel nicht frei von Risiken. Aber die Verfasser des Grundgesetzes haben vor 70 Jahren auch für diesen Fall klugerweise vorgesorgt. Die Bürger haben der Union bei der Bundestagswahl einen klaren Auftrag zur Bildung einer Bundesregierung gegeben. Auch und gerade wenn alle anderen Parteien keine Verantwortung für Deutschland übernehmen wollen, werden wir unserem Auftrag gerecht werden. Denn Deutschland und Europa brauchen eine von Parlament und Verfassung legitimierte Bundesregierung, statt der aktuellen geschäftsführenden. Eine ausschließlich durch die Union besetzte Minderheitsregierung kann auch eine Chance für unser Land sein und zu einer Re-Parlamentarisierung der politischen Debatte und Entscheidung beitragen.
6. Die Junge Union Deutschlands steht hinter ihrer Parteivorsitzenden Angela Merkel. Sowohl die Bildung einer neuer Großen Koalition als auch die Bildung einer Minderheitsregierung bedürfen der erfahrenen Führung unserer Bundeskanzlerin. Deutschland und Europa brauchen gerade in Zeiten, die von internationalen Krisen geprägt sind, Stabilität und Erfahrung. Angela Merkel ist dafür ein Garant.

Darüber hinaus fordern wir aber eine personelle Erneuerung in Bundesregierung, Fraktion und Partei. Unter Führung von Angela Merkel als Bundeskanzlerin und Parteivorsitzender muss sich die Union für die Zukunft personell breiter aufstellen. Neben den erfahrenen und bewährten Gesichtern braucht es auch neue Politikerinnen und Politiker in verantwortungsvoller und wahrnehmbarer Position und eine Erkennbarkeit aller Flügel der Union. Das tut dem Land und der Partei gut.

7. Wir fordern von CDU und CSU weiterhin eine ausführliche Analyse des Bundestagswahlergebnisses 2017 und daraus folgend bereits jetzt eine strategische Ausrichtung auf die nächste Bundestagswahl. Ziel der Union muss bei einer Bundestagswahl wieder ein Ergebnis von 40% plus x sein. Dieses Ziel können wir nur erreichen, wenn wir auf einem Bundesparteitag stärker eigene inhaltliche Akzente setzen und Fehler der Vergangenheit korrigieren.